

Uli Corona-Newsletter vom 13. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Lage bleibt angespannt. Diesen Newsletter produzieren wir mitten in der „Inzidenz-Hochburg“ Stuttgart, weil wir eine volle Plenarwoche haben und unter anderem dringend mit dem 2. Nachtragshaushalt Gelder für die weitere Bekämpfung der Pandemie genehmigen müssen. Du merkst, dass die Stadt sich auf eine neue Situation einstellt: Die Zahl der Masken im öffentlichen Raum nimmt im Vorgriff auf die morgige Maskenpflicht zu. Einschränkungen des öffentlichen Lebens, vor allem in den Abendstunden, machen schlechte Laune. Als ob es entscheidend darauf ankäme, bei ca. 5 Grad Temperatur nach 23 Uhr noch einen Wein auf dem Schlossplatz zu trinken. Die Republik wartet währenddessen auf die morgige Berliner Konferenz, von der mensch sich aber nicht allzu viel versprechen sollte. Ich gehe davon aus, dass es eine Verständigung beim sog. „Beherbergungsverbot“ und den Einschränkungen privater Feiern geben wird. Es muss jetzt eine Verständigung her, sehr konzentriert die Corona-Spreader auszumerzen: Private Feiern jeglicher Art, Kantinenessen in engen Mensen und mit großen Zahlen, leider auch zu dichte Belegungen in Flüchtlingsunterkünften. Um ein paarwichtige zu nennen. Hier sind alle staatlichen Ebenen gefordert. Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 13.10.2020

Deutschland

13.10.2020: Gesamtzahl: 329.453 (Veränderung zum Vortag: + 4.122)

Baden-Württemberg

13.10.2020: Gesamtzahl: 55.625 (+ 700); genesene Personen: 46.726 (+ 264); verstorbene Personen: 1.909 (+ 6)

Rhein-Neckar-Kreis

13.10.2020: Gesamtzahl: 1867 (+ 22); aktive Fälle: 177; genesene Personen: 1648; verstorbene Personen: 42

Verschärfte Corona-Regeln in Stuttgart

Die Landeshauptstadt wird immer mehr zum Corona-Hotspot. Der Wert der 7-Tage-Inzidenz, beträgt heute 70,0. Deshalb treten morgen strengere Regeln in Kraft: Maske auf öffentlichen Plätzen und Einkaufsstraßen; Einschränkung von Alkohol Plätzen ab 21 Uhr, Konsumverbot ab 23 Uhr. Bei privaten Feiern sind nur noch zehn Teilnehmende erlaubt, in öffentlichen und angemieteten Räumen dann 25. Illegale Partys sollen durch mehr Kontrollen verhindert werden.

<https://coronavirus.stuttgart.de/item/show/701525>

<https://coronavirus.stuttgart.de/>

Zunehmende Infektionszahlen: Handlungsoptionen im schulischen Kontext

Das Covid-19-Infektionsgeschehen nimmt regional unterschiedlich zu und hat auch Auswirkungen auf das Geschehen in den Schulen vor Ort. Bisher verbleibt die Zahl einzelner Schulklassen, die veranlasst durch die örtlichen Gesundheitsämter vorübergehend geschlossen werden mussten, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schulklassen im Land glücklicherweise noch auf geringem Niveau (Stand Montag, 12. Oktober: 572 Klassen bei insgesamt 67.500 Schulklassen im Land, also weniger als 1 Prozent).

Gleichwohl überschreiten einzelne Regionen im Land den Warnwert von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern innerhalb von 7 Tagen. Dadurch kann durch die entsprechenden Stadt- und Landkreise auch im Unterricht an den Schulen ab Klasse 5 das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung für Schüler*innen und Lehrkräfte verbindlich vorgegeben werden. Außerdem können Schulen den Unterrichtsbeginn in Absprache mit den Kreisen und dem Schulträger entzerren, wenn dies schulorganisatorisch möglich ist und mit der Schülerbeförderung entsprechend in Einklang gebracht werden kann. Eine solche Empfehlung wurde bereits vor den Sommerferien ausgesprochen-

Was macht aktuell die Landesregierung?

Themen der heutigen Pressekonferenz:

Impfstoff noch 2020?

In Erwartung eines zeitnah verfügbaren Impfstoffes will das Land Spritzen und Kanülen für mehrere Millionen Euro beschaffen. Aufgrund der weltweiten Nachfrage nach Impfbestock könne nicht abgewartet werden, bis der Covid-19-Impfstoff auf dem Markt sei, heißt es in einer Kabinettsvorlage des Sozialministeriums.

Das Land will demnach in einem europaweiten Vergabeverfahren Material für die Impfung von 9,3 Millionen Erwachsenen im Land (in Baden-Württemberg leben insgesamt rund 11,1 Millionen Menschen) beschaffen. Die Rede ist von jeweils 18,6 Millionen Spritzen und Kanülen zur Verabreichung des Impfstoffes, von je 3,72 Millionen Spritzen sowie Kanülen zum Verdünnen, 1500 Kanülenabwurfbehältnissen, 74 400 Tupferrollen und 148 800 Stück Hautdesinfektionsmittel. Dafür seien rund zehn Millionen Euro anzusetzen - plus Logistikkosten.

Klar ist, wir werden nur einen Impfstoff unter die Leute bringen, der allen Regeln entspricht. Klar ist auch, dass es Monate dauern wird, bis alle Freiwilligen geimpft sind. Wir rechnen mit 3,9 Millionen zu impfenden Erwachsenen. Auch ist weiterhin kein belastbarer Termin für einen zuverlässigen Impfstoff absehbar.

Weihnachtsferien verlängern?

Hierzu erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dass es keine Überlegungen gebe, die Weihnachtsferien zu verlängern. Dies würde ein Problem lösen und zwei neue generieren. So würde dadurch eine Welle an Betreuungsproblemen entstehen. Derzeit sind 517 Klassen von rund 60.000 Klassen in Quarantäne.

Beherbungsverbot

Über ein Beherbungsverbot wird die morgige Runde in Berlin aus der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsident*innen entscheiden. Deshalb erfolgte heute keine Entscheidung auf Landesebene. Wichtig ist eine klare Regelung. Wenn das Infektionsgeschehen sich durch Beherbergung ausbreitet, schadet das der Hotellerie-Branche und der ganzen Wirtschaft. Deshalb achten Hoteliers in der Regel sehr auf Vorsorge.

Bundeswehr unterstützt Gesundheitsämter

Die Bundeswehr unterstützt in der Corona-Pandemie die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg. Die Soldat*innen helfen den Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsämtern bei der Nachverfolgung von Infektionsketten. Insbesondere Stuttgart wird von der Bundeswehr unterstützt, da dort gestern die Inzidenz schon bei 70,0 lag. Die Kontakte der vielen jungen Menschen dort seien nur schwer nachzuvollziehen.

WHO warnt vor Konzept der Herdenimmunität via Ansteckung

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat davor gewarnt, bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie auf eine Herdenimmunität durch massenweise Ansteckungen zu setzen. „Niemals in der Geschichte des Gesundheitswesens wurde Herdenimmunität als eine Strategie gegen einen Ausbruch eingesetzt, geschweige denn gegen eine Pandemie“, sagte WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus am Montag in Genf.

So ein Vorgehen wäre ethisch und wissenschaftlich problematisch. Eine Herdenimmunität - also die Schwelle, ab der sich ein Virus nicht mehr in einer Bevölkerung verbreiten kann - müsse ähnlich wie bei den Masern und der Kinderlähmung durch Impfungen, nicht durch Ansteckungen erreicht werden, zumal weiter unklar sei, wie sehr eine Infektion vor einer zweiten schütze. In einem Brief hatten Forscher aus verschiedenen Ländern zuletzt für Herdenimmunität geworben.

Angesichts der steigenden Coronazahlen wies der WHO-Chef darauf hin, dass ein Großteil der Neuinfektionen in nur wenigen Ländern passiere. Fast die Hälfte der neuen Fälle entfalle auf drei Staaten. Es komme also auf die Wirksamkeit der Bekämpfungsmaßnahmen an.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/117340/WHO-warnt-vor-Konzept-der-Herdenimmunitaet>

Fernsehsender L-TV bekommt Bußgeld wegen Werbung für „Querdenken“ aufgebrummt

Der private Fernsehanbieter L-TV hat politische Werbung für die Initiative „Querdenken 711“ gemacht und muss nun dafür Strafe zahlen. Der Sender hatte eine Kundgebung der Initiative gegen die Corona-Maßnahmen übertragen – und sich offenbar die Sendezeit bezahlen lassen. Das LFK hat ein Verfahren eingeleitet, nachdem ein nicht genannter Bürger sich erkundigt hat, ob der Kauf von Sendekapazitäten seitens Organisationen ein normales Prozedere ist. NEIN, DAS IST ES EINDEUTIG NICHT!

Das Landesmediengesetz und der Rundfunkstaatsvertrag verbieten politische Werbung im Rundfunk. Das medienrechtliche Verfahren gegen L-TV ist also eindeutig kein politisch motivierter Einschüchterungsversuch gegen Gegner der Corona-Maßnahmen und Medien. Vielmehr gehe ich davon aus, dass jedem Rundfunk-Anbieter das Verbot politischer Werbung bekannt ist! Dadurch wird verhindert, dass einzelne gesellschaftliche Gruppierungen durch Sendezeit Meinungsmacht einkaufen und damit die öffentliche Meinungsbildung bestimmen können.

Erlaubt sind jedoch unentgeltliche Beiträge im Dienst der Öffentlichkeit einschließlich von Spendenaufrufen zu Wohlfahrtszwecken.

Die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) verhängte gegen den Sender ein Bußgeld von 65 000 Euro. Nach umfangreicher Prüfung habe sich der Verdacht bestätigt, dass L-TV für Geld „Querdenken“-Demonstrationen gegen die Corona-Politik der Regierung beworben und übertragen habe. „Das Bußgeld umfasst neben der Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils auch eine deutliche Strafkomponekte“, teilte die LFK am Dienstag in Stuttgart mit.

Beim Sender L-TV aus Winnenden (Reims-Murr-Kreis), der vor allem im Nordosten Baden-Württembergs empfangen wird, war zunächst niemand für eine Stellungnahme zu erreichen.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ermittlungen-in-stuttgart-beitrag-ueber-corona-demos-bei-regionalsender-gekauft.5eb938f2-f9a5-42c0-9879-bdb8c2ad6f20.html>

Erster infizierte deutsche Nationalspieler warnt vor Covid-19

Ilkay Gündogan, Fußballnationalspieler und bei Manchester City unter Vertrag, ist der erste deutsche infizierte Nationalspieler – und warnt nun eindringlich davor, das Virus zu unterschätzen!

„Mit diesem Virus ist einfach nicht zu scherzen“, schrieb der inzwischen genesene Mittelfeldspieler in einer Stellungnahme und forderte mit Nachdruck: „Man muss das aufgrund der aktuellen Zahlen in Deutschland, in England und in vielen anderen Ländern der Welt wieder viel ernster nehmen.“

Gündogan weiß, wovon er spricht. Zwar geht es ihm „soweit gut, ich bin wieder gesund“. Auch befindet er sich nach einwöchiger Isolation in seiner Wohnung in Manchester, wo er fast auf sich allein gestellt war, bei seinem Club Manchester City wieder im Training.

Allerdings hat er schwere Tage hinter sich, er spricht von einer „äußerst unangenehmen Zeit“.

„Zwischenzeitlich hatte es mich schon stark getroffen“, berichtete der frühere Nürnberger und Dortmunder. Er habe sich „total schlapp“ gefühlt, auch sein Geschmackssinn „war komplett weg“. Einige Zeit habe er „nur im Bett gelegen. Um ehrlich zu sein, kann ich mich nicht erinnern, wann es mich bei einem Infekt zuletzt mal so getroffen hatte.“ Entgegen anderslautender Kommentare im Netz sei die Erkrankung „kein Vergnügen“ für ihn gewesen.

Auf die Frage, wo er sich angesteckt haben könnte, fand er leider keine Antwort: „Erklären konnte ich es mir nicht. Ich halte mich an alle Regeln, aber komplett ausschließen kann man es leider nie, egal wie vorsichtig man ist.“

https://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/fussball-genesener-guendogan-warnt-vor-corona-16994552.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Drosten warnt vor falschen Informationen

Angesichts der steigenden Corona-Zahlen in deutschen Großstädten hat der Berliner Virologe Christian Drosten sein Unverständnis darüber geäußert, dass seit Monaten öffentlich diskutiert wurde, ob die Erkrankung wirklich noch so gefährlich sei. Nach wie vor sei die Sterblichkeit für ihn ein aussagekräftiger Parameter. Es müsse deutlich werden, ob emotional oder auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten argumentiert werde. Entscheidend sei jetzt, dass die Bevölkerung gut informiert sei, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Nur mit verantwortlichen Entscheidungen jedes einzelnen sei es möglich, den Kredit, den Deutschland im Frühjahr gewonnen habe, nicht zu verspielen. Drosten sagte, dass es mittlerweile klare Zahlen zur Infektionssterblichkeit gebe. Wenn man alle Infizierten betrachte, und nicht nur die registrierten Fälle, können man in Deutschland von einer Sterblichkeit „im Bereich von einem Prozent oder sogar etwas mehr“ ausgehen, wenn das Virus die Bevölkerung durchlaufe. Das wäre eine etwa 20 Mal höhere Sterblichkeit als bei der Grippe.

Das größte Problem sieht er in fehlendem Pflegepersonal. „Das ist der Knackpunkt. Die Notlage wird noch dadurch verstärkt, dass die Bundesregierung seit August die vorgeschriebenen Untergrenzen für Pflegepersonal auf den Stationen wieder eingeführt hat“. Das führe zu einem Mangel an der Intensivmedizin. Hinzu komme eine Vielzahl von Infektionen bei Pflegepersonal, die wiederum eine Kette von Quarantäne-Fällen nach sich zögen. Der Vorstandsvorsitzende der Charité Heyo Kroemer sagte, die Aufnahmezahl steige stetig, er befinde sich in engem Austausch mit den Pariser Kliniken, wo die Lage sehr viel angespannter sei. In der Regel sei die Entwicklung in der französischen Hauptstadt etwa drei bis vier Wochen voraus.

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/christian-drosten-warnt-vor-gefahren-durch-das-coronavirus-16993807.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Blick zu unseren europäischen Nachbarn

Tschechien - ehemals ein Corona-Musterschüler - ist nach den jüngsten Zahlen der EU bei den Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner zum traurigen Spitzenreiter geworden. Im Schnitt steckten sich binnen 14 Tagen 374,6 Menschen je 100 000 Einwohner an. Am Donnerstag wurden in dem 10,7-Millionen-Einwohner-Land 5394 neue Fälle verzeichnet - der dritte Tagesrekord in Folge. Die Regierung hat Kultur- und Sportveranstaltungen verboten. Sollte die Kurve nicht abflachen, droht nach Ansicht von Experten bald ein dramatischer Engpass im Gesundheitssystem.

Spanien ist mit 850 000 Infektionen ebenfalls stark betroffen. Die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen lag zuletzt bei 115. In einer Woche starben 541 Menschen. Der Anteil der Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern steigt. Landesweit gelten strenge Beschränkungen und Maßnahmen, auch Maskenpflicht im Freien. Viele Gebiete und Gemeinden sind abgeriegelt. Über die Hauptstadt verhängte die spanische Regierung am Freitag den Notstand. In Madrid und einigen Vororten dürfen die Menschen ihre Wohngemeinde nur mit triftigem Grund verlassen - etwa für den Weg zur Arbeit oder für Arztbesuche. Betroffen sind knapp 4,8 Millionen Menschen. Der Notstand soll zwei Wochen gelten.

Frankreich hat in mehreren Großstädten bereits die höchste Corona-Warnstufe verhängt - unter anderem in Paris, Lyon und Marseille. Gesundheitsminister Olivier Véran warnt, dass es noch schlimmer wird. Sorge herrscht über die Lage in den Pariser Krankenhäusern. Dort nimmt der Anteil der Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen zu. Die Regierung reagiert etwa mit Schließungen von Bars in den Regionen, in denen die Lage besonders ernst ist. Generelle Ausgangsbeschränkungen im ganzen Land sollen verhindert werden. Mit mehr als 20 000 Corona-Neuinfektionen binnen 24 Stunden gab es am Freitag einen Tageshöchstwert.

Großbritannien meldet einen Mangel an Tests, ein Flickenteppich an Regelungen, marode Kliniken, Zehntausende Todesfälle. Der im Frühjahr selbst erkrankte Premier Boris Johnson steht zunehmend in der Kritik, ein schlechter Krisenmanager zu sein. Seine Regierung spricht von einer "gefährlichen" Lage. Besonders stark betroffen sind der Norden Englands, Schottland, Nordirland und Teile von Wales. Experten zufolge stehen vor allem in Nordengland die Kliniken vor dem Kollaps. Am Freitag meldeten die Behörden landesweit knapp 14 000 neue Fälle.

Italien, das im März Europas Corona-Hotspot war, registrierte am Freitag 5372 neue Ansteckungen. Der große Unterschied zum Beginn der Pandemie: Derzeit sterben pro Monat so viele Menschen an Covid-19 wie damals an einem Tag. Die Intensivstationen sind heute mit annähernd 400 Covid-Patienten nicht am Limit. Rom verschärft ständig die Maßnahmen - nun gilt eine Maskenpflicht auch im Freien. Besonders stark kletterten die Werte am Freitag in der Lombardei im Norden und in Kampanien im Süden.

Belgien verzeichnete zuletzt ebenfalls rasch steigende Zahlen. Die 14-Tage-Inzidenz - die Zahl an Infektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb zwei Wochen - lag zuletzt bei 280,7. In der Hauptstadt Brüssel sind Cafés und Bars nun für einen Monat geschlossen. Die Regierung verschärfte auch die landesweiten Regeln: Bürger dürfen pro Monat nur noch mit drei Personen außerhalb der Familie engen Kontakt pflegen. Um 23 Uhr ist Sperrstunde.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-weltweit-europa-1.5054494>

US-Amerikaner binnen eineinhalb Monaten zwei Mal mit Corona infiziert

Ein Mann in den USA hat sich im Abstand von nur etwa anderthalb Monaten zwei Mal mit dem Coronavirus infiziert – und der Verlauf seiner zweiten Infektion war schwerer als beim ersten Mal. Dies geht aus einer am Dienstag im Fachmagazin „The Lancet Infectious Diseases“ veröffentlichten Studie hervor. Demnach musste der 25-Jährige aus dem Washoe County (Bundesstaat Nevada) nach seiner zweiten Ansteckung ins Krankenhaus eingeliefert und beatmet werden.

Der Mann infizierte sich der Studie zufolge mit zwei unterschiedlichen Varianten des Virus SARS-CoV-2. In der Untersuchung werden weltweit noch vier weitere Fälle genannt, in denen sich bereits mit dem Coronavirus infizierte Menschen ein zweites Mal ansteckten. Diese Fälle wurden in Belgien, den Niederlanden, Hongkong und Ecuador festgestellt.

Es sei noch ungeklärt, wie lange die Immunität nach einer ersten Infektion mit dem neuartigen Virus andauere, erläuterte der Hauptautor der Studie, Mark Pandori. Doch zeige die Untersuchung, dass eine vorherige Infektion nicht unbedingt vor einer nochmaligen Ansteckung schützt. Dies bedeute, dass positiv Getestete „weiterhin Vorsichtsmaßnahmen ergreifen sollten“, darunter die physische Distanz zu anderen Menschen, das Tragen von Atemschutzmasken und das regelmäßige Händewaschen.

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_88702106/covid-19-newsblog-studie-von-vielversprechendem-corona-impfstoff-unterbrochen.html

[https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(20\)30764-7/fulltext?utm_campaign=tlpr&utm_medium=email&_hsmi=97065392&_hsenc=p2ANqtz--kJZhXKLLaE_tJ2esG4USGF4vwXCXprsprJwiP6QbJfrHILSOOUm0RU3iyMqqNn3zkYncSfKXoXculJv2ELgKA8mS0Og&utm_content=97065392&utm_source=hs_email](https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099(20)30764-7/fulltext?utm_campaign=tlpr&utm_medium=email&_hsmi=97065392&_hsenc=p2ANqtz--kJZhXKLLaE_tJ2esG4USGF4vwXCXprsprJwiP6QbJfrHILSOOUm0RU3iyMqqNn3zkYncSfKXoXculJv2ELgKA8mS0Og&utm_content=97065392&utm_source=hs_email)

Nachrichten ohne Corona

Wir wollen Baden-Württemberg zum Schienenland Nummer eins machen

Baden-Württemberg treibt den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weiter konsequent voran. Das Kabinett stimmte am heutigen Dienstag der Anhebung der Landes-Fördersätze für Projekte zu, die aus Mitteln des Bundesprogramms Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) finanziert werden.

Die bisherige GVFG-Aufteilung der Kosten für ÖPNV-Maßnahmen erfolgte so: 60 Prozent beim Bund, 20 Prozent beim Land und 20 Prozent bei den Kommunen. Nun hat der Bund seinen Anteil auf 75 Prozent angehoben. Wir geben den erhöhten Satz des Bundes an die Kommunen weiter, das heißt, deren Beteiligung und somit die Schwelle für neue

umweltfreundliche Verkehrsmaßnahmen wird sinken. Weiterhin wurde auch die Mindestprojektgröße abgesenkt und verschiedene neue Fördermöglichkeiten eingeführt.

Künftig gilt:

- „Neu und Ausbauvorhaben“ kommunaler Stadt und Straßenbahnen fördert der Bund mit 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Für Planungskosten gewährt der Bund einen pauschalen Zuschlag in Höhe von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Baukosten. Die nach Bundesförderung verbleibenden zuwendungsfähigen Baukosten und Planungskosten wird das Land zukünftig zur Hälfte übernehmen.
- Infrastrukturprojekte des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) der Eisenbahnen stehen in einem hohen Interesse des Landes als Aufgabenträger und Besteller für diesen Verkehr. Daher ist hier eine höhere Förderung durch das Land angezeigt. Die nach Abzug der Bundesfinanzhilfen verbleibenden zuwendungsfähigen Baukosten und Planungskosten werden künftig vom Land mit 57,5 Prozent bezuschusst.
- Bei bestimmten Projekten des Schienenverkehrs („Elektrifizierung von Bahnstrecken“ und „Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken“) beträgt die Bundesförderung bei den Baukosten sogar 90 Prozent. Auch hier beteiligt sich das Land mit 57,5 Prozent der verbleibenden zuwendungsfähigen Baukosten und Planungskosten.
- Gänzlich neu fördert der Bund in diesem Gesetz auch „Umsteigeanlagen“ und „Grunderneuerungsvorhaben“ mit Fördersätzen von 60 bzw. 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Da der Fördertatbestand „Grunderneuerung“ völlig neu eingeführt wurde, entsteht hier eine erhebliche Entlastung der Kommunen beim Erhalt und der Modernisierung vorhandener Stadtbahnstrecken. Auch hier erfolgt eine zusätzliche Landeskofinanzierung in Höhe von 25 Prozent, bei „Umsteigeanlagen“ in Höhe von 50 Prozent der verbleibenden zuwendungsfähigen Baukosten.

Mit diesen Investitionen werden Ausbau und Modernisierungsvorhaben auf der Schieneninfrastruktur unseres Landes sichergestellt. Damit machen wir den Schienennahverkehr zukunftsfähig und attraktiv. Mit dem Kabinettsbeschluss ist ein deutliches Signal an die Kommunen verbunden, die Projekte nun beschleunigt anzugehen. Wir sorgen mit dieser Entscheidung über die Förderung des Landes für Planungssicherheit auf kommunaler Seite.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kabinettsbeschluss-attraktive-foerdersaetze-fuer-grosse-schienenprojekte/>

Politik trifft Polizei

Vor kurzem habe ich mich mit meiner Kollegin Susanne Bay Das Heilbronner Polizeipräsidium besucht. Den Präsidenten Hans Becker kenne ich seit vielen Jahren. Unfassbaren Datenmengen im Bereich Kinderpornographie und anderer Kriminaldelikte im Netz sehen sich die Beamt*innen des Heilbronner Polizeipräsidiums täglich gegenüber. Dies war eines der Themen im landesweit von der Fläche her größten Präsidium. Neben Informationen und Kennzahlen zum Präsidium selbst wurde beim Gespräch mit der dortigen Führungsmannschaft um Präsident Hans Becker besprochen, inwiefern Corona auch die

Polizei vor neue Aufgaben stellt. Es ging um polizeiliche Befugnisse im Spannungsfeld zwischen Freiheitsrechten und der Aufrechterhaltung der Sicherheit für die Bürger*innen und Polizist*innen im Einsatz, aber auch um Rechtsextremismus bei der Polizei. Einig war man sich, dass es hier keinerlei Toleranz geben kann. Ebenso wenig wie bei Gewalt gegen Polizist*innen. Sowohl Susanne, als auch ich haben großen Respekt vor den vielfältigen Anforderungen an die Beamt*innen, die entlang der gesellschaftlichen Entwicklungen ständig neue Herausforderungen meistern müssen, personell genauso wie etwa bei der Digitalisierung als wichtiger Aspekt bei der Ermittlungsarbeit.

<https://meine.stimme.de/heilbronn/politik/politik-trifft-polizei-d121400.html>

Schlachthof-Skandal: Opposition kritisiert Agrarminister

Agrarminister Peter Hauk (CDU) hat sich im Gärtringer Schlachthof-Skandal gegen Vorwürfe der Opposition gewehrt, er habe einem Parteikollegen Sanktionen erlassen. Er habe dem Schlachthof-Chef „weder persönliche Gefallen getan, noch gab es persönliche Beziehungen über das Geschäftliche hinaus“, sagte Hauk am Dienstag bei einer Sondersitzung des Agrarausschusses.

Das Landratsamt Böblingen hatte gegen den mittlerweile geschlossenen Betrieb im März 2020 ein Zwangsgeld erhoben, das Hauk kurz darauf ausgesetzt, aber nach eigenen Worten nicht aufgehoben hat. Mitte August sei das Zwangsgeld wieder eingesetzt worden. Ihm seien damals keine Tierschutzverstöße bekannt gewesen. Die Opposition, aber auch wir halten dem Minister vor, Schlachthof-Chef Wilhelm Dengler - ein Parteikollege Hauks - bevorzugt zu haben. Der Verein „Soko Tierschutz“ hatte Ende August Bildmaterial aus dem Schlachthof in Gärtringen veröffentlicht. Er wirft Mitarbeitern unter anderem vor, Schweine geschlagen und getreten sowie Elektroschock-Geräte eingesetzt und die Tiere unprofessionell betäubt zu haben: <https://www.soko-tierschutz.org/chronik>

Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Vor diesem Hintergrund machte die Aufsichtsbehörde den Schlachthof vorläufig dicht.

<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/schlachthof-skandal-agrarminister-weist-vorwuerfe-zurueck-52328131.html>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///Itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)